

AfD Ratsfraktion Cuxhaven  
Postfach 03 74, 27453 Cuxhaven  
Homepage: [www.afd-cuxhaven.de](http://www.afd-cuxhaven.de)  
E-Mail: [afd-cuxhaven@yahoo.com](mailto:afd-cuxhaven@yahoo.com)  
Facebook: <https://de-de.facebook.com/AfDCuxhaven/>



Cuxhaven, den 28.04.2019

## Änderungsantrag der AfD Ratsfraktion Cuxhaven zum Antrag ANT 7/2019

### Antrag:

*Abweichend vom Beschlussvorschlag im obigen Antrag beschließt der Rat der Stadt Cuxhaven folgendes:*

Die Stadt Cuxhaven

- (1) bittet die Landesregierung, der Stadt Cuxhaven keine weiteren Flüchtlinge zuzuweisen und
- (2) fordert die Bundesregierung auf, eine rechtliche Grundlage für die Ausweisung schwerkrimineller Neubürger zu schaffen.

### Begründung:

Der Titel des Antrags ANT 7/2019 („Aufnahme von in Seenot geratenen Flüchtlingen“) ist sachlich falsch. Ein sehr bekanntes Werk für die deutsche Rechtschreibung sagt zu der Bedeutung von „in etwas geraten“: „ohne Absicht, zufällig an eine bestimmte Stelle, irgendwohin gelangen“ oder „in einen bestimmten Zustand, eine bestimmte Lage kommen“. Beides trifft hier nicht zu. Die Flüchtlinge begeben sich mit Absicht in Schlauchboote, die von Anfang an seeuntüchtig sind für eine Überfahrt über das Mittelmeer. In der Seefahrt verwendet man den Fachbegriff der „Anfänglichen Seetüchtigkeit“, die schon beim Besteigen der Schlauchboote zur Überquerung des Mittelmeers nicht gegeben ist. Der Titel des Antrags der politischen Gegner müsste daher korrekt lauten: „Aufnahme von Flüchtlingen, die sich selbst vorsätzlich in Seenot begeben haben“.

Für den von der AfD vorgeschlagenen Antrag zu (1) sprechen folgende Gründe:

- a) In Afrika erleben wir eine Bevölkerungsexplosion von 234 Millionen (Anfang 1950er Jahre) über 1,2 Milliarden aktuell auf etwa 4,5 Milliarden (UN-Schätzung für Ende dieses Jahrhunderts). Damit hätte sich die Bevölkerung dieses Kontinents etwa verzwanzigfacht! Daher ist es völlig illusorisch zu glauben, man könne die Probleme dieser Bevölkerungsexplosion durch Aufnahme und Versorgung vieler dieser Menschen in Deutschland lösen.
- b) Laut einer Befragung erwägen 37% der Afrikaner eine Flucht aus ihrem Land, 27% davon geben Europa als Wunschziel an. Das heißt: 27% von 37% von 1,2 Milliarden sind fast 120 Millionen Afrikaner, die aktuell nach Europa wollen, Tendenz steigend (siehe a). Aktuell entfallen etwa 40% aller Asylbewilligungen in der EU auf Deutschland, das heißt es

ist davon auszugehen, dass ein Großteil dieser bis zu 120 Millionen Afrikaner nach Deutschland kommen wird.

c) In der im vorherigen Punkt genannten Umfrage geben die meisten auswanderungswilligen Afrikaner an, ihr Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen zu wollen. Das deutsche Einwanderungsrecht knüpft an eine Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen jedoch Bedingungen, die in den allermeisten Fällen nicht erfüllt sind. Der Transport dieser Menschen nach Deutschland wäre nach Auffassung der Antragsteller folglich rechtswidrig.

d) Am Freitag, den 05. April 2019 sagte der Innenminister Frankreichs auf einer Pressekonferenz in Paris: „Es wurde aber festgestellt, dass einige NGO-Schiffe in direktem telefonischen Kontakt mit Schmugglern standen.“ Er führte weiter aus, dass es Absprachen zwischen Schleusern und bestimmten Hilfsorganisationen gegeben habe und dass sich in diesem Fall die Hilfsorganisationen zu Komplizen der Schleuser machen würden. Sein italienischer Amtskollege fand auf dem vorherigen G7-Innenministertreffen ebenso deutliche Worte: „Manche Hilfsorganisationen sind Komplizen des Menschenhandels.“ Diese Ausführungen der beiden Innenminister zeigen, dass die Vorgehensweise mancher Hilfsorganisationen umstritten und möglicherweise sogar auch kriminell ist.

e) Die Rechtfertigung der Aufnahme dieser Menschen mit „Seenotrettung“ hält auch in den Fällen ohne telefonischen Kontakt zu den Schleusern einer Überprüfung nicht stand. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn ein Schiff die Menschen aus dem Schlauchboot aufnimmt. Dass es die Afrikaner anschließend aber hunderte oder gar tausende Seemeilen nach Europa transportiert, ist hingegen in vielen Fällen rechtswidrig. Wenn es in Libyen keinen sicheren Hafen gibt, dann könnte man es in Ägypten, Tunesien, Algerien oder Marokko versuchen, um die Afrikaner von dort aus in das Land zu bringen, in dem sie sich rechtmäßig aufhalten dürfen. Mit dem Transport nach Europa machen sich die betreffenden Schiffe in den Fällen der unberechtigt nach Europa Einwandernden zu einem Teil des illegalen Schleppergeschäfts und bringen viele weitere Menschen dazu, sich ebenfalls in Seenot zu begeben und die häufig illegale Einwanderung nach Europa zu versuchen.

f) Das Hereinlassen aller und Überprüfung des Asylantrags in Deutschland führt dazu, dass letztendlich nahezu alle, insbesondere auch fast alle unberechtigt Eingewanderten bleiben werden. Aktuell werden nur weniger als 10% der Ausreisepflichtigen tatsächlich abgeschoben oder reisen freiwillig aus, wobei viele dieser ausgewiesenen kurze Zeit später einen erneuten Einwanderungsversuch nach Deutschland unternehmen.

g) Deutschland trägt große wirtschaftliche Lasten durch Zuwanderung. Trotz angeblichem Fachkräftemangel weist die Statistik über 4 Millionen erwerbsfähige Hartz-Vier-Empfänger aus, über die Hälfte davon mit einem Migrationshintergrund. Der Arbeitsagentur gelingt es nicht, diese Menschen in eine der vielen unbesetzten Stellen zu vermitteln oder entsprechend zu qualifizieren, unter anderem weil manche nach vielen Jahren in Deutschland nicht genügend Deutschkenntnisse haben, als Angehörige von Familienclans gar nicht arbeiten wollen oder aus religiösen Gründen die Zusammenarbeit mit Frauen nicht in einer Weise möglich ist, wie sie der Arbeitsmarkt erfordert. Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in großer Anzahl würde diese Probleme verschärfen, weil viele von ihnen keinerlei berufliche Qualifikation, zum Teil noch nicht einmal einen Schulabschluss haben. Zur Finanzierung weiterer solcher Fälle gibt es keinen Spielraum, weil einem Durchschnittsverdiener in vielen Fällen bereits jetzt die Hälfte seines Einkommens für Steuern und Sozialabgaben weggenommen wird.

h) Natürlich gibt es auch Hochqualifizierte unter den Einwanderern, wie beispielsweise das in den etablierten Medien immer wieder gerne angeführte syrische Ärzte-Ehepaar. Aber selbst das ist nicht unproblematisch, es gibt Kritiker, die das als „modernen Kolonialismus“ bezeichnen: vergleichsweise ärmere Länder investieren viel in die Ausbildung dieser Menschen, durch deren Auswanderung haben sie aber nichts oder nur wenig davon, sondern vergleichsweise reichere Länder profitieren von diesen Fachkräften.

i) Leitende Polizeibeamte sagten nach der Kölner Silvesternacht 2015/16, dass es diese Dimension der Kriminalität zuvor in Deutschland nicht gab. In Freiburg wurde eine 18-Jährige in einer Nacht von bis zu 12 „Schutzsuchenden“ vergewaltigt, ein Verbrechen, das es in diesem Ausmaß zuvor in Deutschland ebenfalls nicht gab. Auch Cuxhaven leidet unter steigender Kriminalität und besonders unter zunehmender Ausländerkriminalität, Clanstrukturen erfordern immer wieder Polizei-Großeinsätze, immer wieder kommt es zu brutaler Gewaltkriminalität von „Männer“-Gruppen vor Cuxhavener Diskotheken bzw. Shisha-Bar, ein syrischer Amokfahrer fuhr durch die Cuxhavener Fußgängerzone und erst kürzlich gab es die erste tödliche Messerattacke in der Stadt, wegen der ein „Schutzsuchender“ als Tatverdächtiger in Untersuchungshaft sitzt. Diese Gewaltkriminalität in Cuxhaven ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, sondern auch für den Tourismus problematisch, so etwas schreckt Gäste ab.

j) In Cuxhaven gelingt es nicht, die Zuwanderer gleichmäßig auf alle Stadtteile zu verteilen, sondern die Neubürger konzentrieren sich in einzelnen Vierteln. Dies führt zu Parallelgesellschaften und wird da enden, wo viele Großstädte heute schon sind: ganze Straßenzüge, in denen nichts mehr an Deutschland erinnert.

k) Die Mehrheit dieser Einwanderer sind alleine reisende, junge Männer. Das führt dazu, dass es zukünftig weit mehr Männer als Frauen in Deutschland geben wird. Da es in diesen Kulturkreisen nicht unüblich ist, mit bis zu vier Frauen eine Ehe zu schließen, steht jetzt schon fest, dass es zukünftig einen erheblichen Frauenmangel in Deutschland geben wird.

l) Die Einwanderer kommen zum größten Teil aus islamischen Kulturkreisen. Es gibt auf der ganzen Welt kein einziges mehrheitlich islamisches Land, das eine funktionierende Demokratie ist und uneingeschränkte Religionsfreiheit gewährt. Alle in der Vergangenheit als positive Beispiele genannte Länder wie beispielsweise die Türkei, Indonesien oder Mali haben die in sie gesetzten Hoffnungen nicht ansatzweise erfüllt sondern sich in negativer Weise entwickelt. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass ein in Deutschland erstarkender Islam auch dahin führen wird.

**Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Gründe a) bis l) zweifelsfrei belegen, dass der Beschluss des Antrags ANT 7/2019 rechtswidrig wäre, Deutschland, Cuxhaven und sogar auch den Herkunftsländern massiven Schaden bzw. erhebliche Nachteile bringen würde und der schwerster Fehler in der Deutschen Politik seit dem Ende des zweiten Weltkriegs wäre. So wie nach 1945 werden uns unsere Kinder und Kindeskinde zukünftig fragen, wie das passieren konnte.**

Mit der Aufnahme weiterer Millionen legt man auch die Axt an den sozialen Frieden in Deutschland. Wenn zukünftig nicht vier, sondern fünf, sechs oder noch mehr Millionen erwerbsfähige Hartz-Vier-Empfänger zu versorgen sein werden und dafür bei der

nächsten Rezession die Steuern und Abgaben deutlich erhöht werden müssen, dann werden auch viele, die bisher geschwiegen haben oder aus politischer Korrektheit im Mainstream mitgeschwommen sind, aufstehen und ihrem Ärger Luft machen.

Auch deshalb fordern die Antragsteller, wieder zu den Grundsätzen von vor 2015 zurückzukehren. Jahrzehnte fuhr Deutschland gut mit der Politik, einzelne Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, aber keine Einwanderung von vielen Millionen zuzulassen.

Für den Antrag zu (2) sprechen folgende Gründe:

Wie unter (1) ausgeführt erlebt Cuxhaven ebenso wie ganz Deutschland schwerste Kriminalität durch manche Zuwanderer. *(Bitte genau lesen, das ist so gemeint, wie es geschrieben ist: natürlich ist die große Mehrheit der Zuwanderer gesetzestreu und ebenso natürlich gibt es auch unter der „einheimischen Bevölkerung“ einige Kriminelle, all das ist unstrittig, ändert aber nichts daran, dass nach Auffassung der Antragsteller durch Aufnahme „Schutzsuchender“ keine zusätzliche Kriminalität ins Land kommen sollte. Wenn jemand in einem fremden Land um Aufnahme und Versorgung bittet, dann erwartet man Dankbarkeit und keine Kriminalität).* Nach aktueller Rechtslage ist es nicht möglich, die betreffenden „Schutzsuchenden“ auszuweisen, wenn die Sicherheitslage in ihrem Heimatland nicht zufriedenstellend ist. Aber wie soll man zum Beispiel der jungen Frau, die in einer Nacht von bis zu 12 „Schutzsuchenden“ vergewaltigt wurde erklären, dass ihre Vergewaltiger aus „humanitären“ Gründen in Deutschland bleiben dürfen und auch von ihren Steuern und Abgaben versorgt werden?

Deshalb sollte es zukünftig möglich sein, schwerstkriminelle Einwanderer auch bei unbefriedigender Sicherheitslage im betreffenden Herkunftsland abzuschicken. Bei der Abwägung von möglichen Gefahren für das Leben des Zuwanderers bei Abschiebung in sein Heimatland und der Gefahr für das Leben von unschuldigen Bürgerinnen und Bürgern bei weiterem Aufenthalt in Deutschland muss zukünftig der Schutz der Bevölkerung die höhere Priorität eingeräumt werden.

gez.

AfD Ratsfraktion Cuxhaven  
vertreten durch den Vorsitzenden  
Anton Werner Grunert